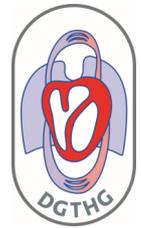


DGK.

Deutsche Gesellschaft für Kardiologie
– Herz- und Kreislaufforschung e.V.



Mindestmengen für Herztransplantationen: Kardiologen und Chirurgen befürworten G-BA-Beschluss

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) gab am 16. November in einer Pressemitteilung die geplante Mindestmengenlösungen für Herztransplantationen bekannt. Die Deutsche Gesellschaft für Kardiologie – Herz- und Kreislaufforschung e. V. (DGK) und die Deutsche Gesellschaft für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie e. V. (DGTHG) begrüßen die Entscheidung. Sie fordern darüber hinaus, endlich die Widerspruchslösung für Organspenden einzuführen.

Düsseldorf/Berlin, 29. November 2023 – Spenderherzen sind rar in Deutschland. Auf eine Millionen Einwohner kommen nach aktuellem Stand nur rund zehn Organspender. Mehr als die Hälfte aller Patientinnen und Patienten, die ein neues Herz benötigen, können hierzulande nicht versorgt werden. Entsprechend sollten die wenigen, verfügbaren Spenderherzen von erfahrenen Fachleuten transplantiert werden.

Deshalb legte der G-BA in seiner letzten Sitzung die Leistungsmenge für Herztransplantationen als Mindestmenge fest. Demnach sollen nach einer Übergangszeit ab 2026 nur noch Herzen in Kliniken mit mindestens zehn geplanten Eingriffen transplantiert werden. In einer [Pressemitteilung vom 16. November](#) heißt es dazu konkret: „Nur Standorte, die die Mindestmenge nach ihrer in 2025 abzugebenden Prognose voraussichtlich erreichen oder über eine Ausnahmegenehmigung des jeweiligen Bundeslandes verfügen, dürfen dann grundsätzlich noch Herztransplantationen erbringen.“

Nach Einschätzung der Deutschen Gesellschaft für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie e.V. (DGTHG) ist die Einführung einer Mindestmenge für Herztransplantationen der richtige Weg. „Eine Klinik kann noch so gut ausgestattet sein. Am Ende ist der größte Erfolgsfaktor für eine Herztransplantation die Erfahrung interdisziplinärer und spezialisierter Transplantations-Teams“, weiß Prof. Volkmar Falk, Präsident der DGTHG. „Daher macht es zum Wohle unserer Patientinnen und Patienten absolut Sinn, diesen höchst anspruchsvollen Eingriff und die aufwendige Nachbehandlung nur von den routiniertesten Kolleginnen und Kollegen vornehmen zu lassen.“

In anderen Ländern wie Spanien ist die Situation der Organverfügbarkeit weniger dramatisch. Dort gilt die Widerspruchslösung: Wer nicht ausdrücklich anderes bestimmt, ist automatisch Organspender. Im Schnitt kommen in solchen Ländern 46 Spender auf eine Millionen Einwohner. Seit Jahren gibt es auch in Deutschland immer wieder den Vorstoß in der Politik, die Widerspruchslösung einzuführen. Bislang ist die Idee an der Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag gescheitert. Zuletzt brachte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die Lösung im Januar 2020 erfolglos zur Abstimmung. Aktuell setzten sich die Gesundheitsminister von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg wieder für die Einführung der Widerspruchslösung ein.

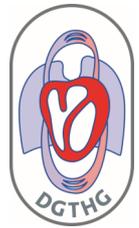
„Wenn wir mehr Leben retten wollen, brauchen wir in unserem Land neben anderen Maßnahmen sicherlich auch die Widerspruchslösung“, sagt Prof. Holger Thiele, Präsident der Deutsche Gesellschaft für Kardiologie – Herz- und Kreislaufforschung e. V. (DGK). „In Deutschland sind Herz- und Kreislaufkrankungen noch vor Krebs die Todesursache Nummer Eins. Der häufigste Grund für die stationäre Aufnahme in einem Krankenhaus ist die Herzinsuffizienz. Für geeignete Patienten mit ausgeprägter Herzinsuffizienz ist eine Herztransplantation die einzige langfristige Therapie.“

DGK und DGTHG machen sich zusammen mit anderen herzmedizinischen Fachgesellschaften schon seit Jahren für die Widerspruchslösung für Organtransplantationen stark. Zuletzt forderten sie die Bundesregierung zu Beginn des Jahres auf, sie erneut zur Abstimmung zu bringen. Falk: „Es



DGK.

Deutsche Gesellschaft für Kardiologie
– Herz- und Kreislaufforschung e.V.



kann noch Jahre dauern, bis Xenotransplantationen und künstliche Herzen ernsthafte Alternativen werden. Viele Patientinnen und Patienten haben diese Zeit nicht.“

[ENDE]

(3.865 Zeichen inkl. Leerzeichen)



BU: Prof. Dr. Holger Thiele, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kardiologie – Herz- und Kreislaufforschung e. V. (DGK)

Bildnachweis: ©HKM/Ronny Kretschmer



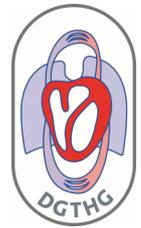
BU: Prof. Dr. Volkmar Falk, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie e.V. (DGTHG)

Bildnachweis: ©DGTHG



DGK.

Deutsche Gesellschaft für Kardiologie
– Herz- und Kreislaufforschung e.V.



Medienkontakt DGK:

Deutsche Gesellschaft für Kardiologie (DGK)

Pressesprecher: Prof. Dr. Michael Böhm (Homburg/Saar)

Pressestelle: Tobias Kruse, Tel.: 0211 600 692 150 | Kerstin Kacmaz, Tel.: 0211 600 692 43

presse@dgk.org

Über die DGK:

Die Deutsche Gesellschaft für Kardiologie – Herz- und Kreislaufforschung e. V. (DGK) mit Sitz in Düsseldorf ist eine gemeinnützige, wissenschaftlich medizinische Fachgesellschaft mit mehr als 12.000 Mitgliedern. Sie ist die älteste und größte kardiologische Gesellschaft in Europa. Ihr Ziel ist die Förderung der Wissenschaft auf dem Gebiet der kardiovaskulären Erkrankungen, die Ausrichtung von Tagungen, die Aus-, Weiter- und Fortbildung ihrer Mitglieder und die Erstellung von Leitlinien. Weitreichende Informationen für Ärztinnen und Ärzte sowie medizinisches Fachpersonal, aber auch für Nicht-Mediziner:innen stellt die DGK auf Herzmedizin.de zur Verfügung.

Über die DGTHG:

Die Deutsche Gesellschaft für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie e.V. (DGTHG) mit Sitz in Berlin ist eine gemeinnützige, wissenschaftliche, medizinische Fachgesellschaft. Unser Ziel ist es, die Wissenschaft und Weiterentwicklung von Therapien auf dem Gebiet der Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie zu fördern. Hierzu sehen wir die Durchführung von Weiter- und Fortbildungsprogrammen, Erstellung medizinischer Leitlinien, Förderung von Nachwuchskräften und die Ausrichtung medizinischer Fachtagungen als unsere Hauptaufgaben. Bundesweit vertreten wir rund 1.000 Thorax-, Herz- und Kardiovaskularchirurgen, deren Interessen wir vertreten. Insbesondere ist uns der Dialog mit der Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft, aber auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit weiteren medizinischen Fachgesellschaften wichtig.